LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/3122
03. 05. 2022

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Joachim Streit (FREIE WÄHLER)

Auswirkungen des § 1 Abs. 1 Satz 4 KonnexAG auf kommunale Finanzen

§ 1 Abs. 1 Satz 4 KonnexAG beziffert die sogenannte Wesentlichkeitsschwelle auf 0,25 Euro pro Einwohner pro Jahr. Genügen die Mittel, die das Land einer Kommune zur Erfüllung einer Aufgabe zur Verfügung stellt nicht, leistet das Land nur dann einen finanziellen Ausgleich, wenn die Wesentlichkeitsschwelle überschritten ist.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In wie vielen Fällen wurde die Wesentlichkeitsschwelle in den Jahren 2020 und 2021 unterschritten?
2. Welche Kosten entstanden den Kommunen dabei insgesamt, die nicht vom Land ausgeglichen wurden?
3. In welchen Fällen kam es zu Mehrbelastungen, die unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle lagen?
4. Warum wurde Wesentlichkeitsschwelle auf 25 Cent pro Jahr pro Einwohner beziffert?

Dr. Joachim Streit

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 5. Mai 2022